

Blaue Post

NR. 21

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



Den „Globalen UN-Migrationspakt“ verhindern!

Der „Globale Migrationspakt“ erklärt, dass die Migration „Quelle des Wohlstands und der Innovation“ sei und sie „positive Auswirkungen“ in unserer globalisierten Welt habe. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Folgen, der Zunahme von Terrorbedrohung und Verbrechen in Europa, wirkt eine derartige Schönfärberei grotesk. Der „Globale Migrationspakt“ hat für Europa und für uns Deutsche vor allem negative Folgen. Er ist die schlechtmöglichste Antwort, die die UN auf die Herausforderungen der Migration geben kann. Wir müssen die Migration stoppen und uns nur mit der Bekämpfung ihrer Ursachen beschäftigen.

Der Migrationspakt hat nicht das Ziel, Migration zu verhindern. Nein, es wird sogar für Migration geworben. Es soll u.a. die Möglichkeit geschaffen werden, als Klima-Flüchtling nach Europa zu kommen. Illegale Migranten sollen kostenlose rechtliche Unterstützung bei ihren Verfahren bekommen. Somit sollen Verfahren entwickelt werden, die den Übergang von Illegalität in Legalität erleichtern. Die AfD-Fraktion lehnt klar eine Verwischung von Zuwanderung und Asyl ab:

Wir wollen unsere Grenzen kontrollieren. Alle, die kein Aufenthaltsrecht für Deutschland haben, dürfen nicht einreisen! Asyl- und Einreiseanträge sollen an den deutschen Botschaften in den Herkunftsländern bearbeitet werden. Es ist souveränes Recht eines jeden Staates, gesetzlich zu definieren, wen er sein Staatsgebiet betreten lässt und wen nicht.

Für die AfD ist klar: Es braucht keine neuen Pflichten für unsere Bürger, wie es der Migrationspakt vorsieht. Wer hier leben möchte, der muss sich an unsere Regeln halten. Dabei ist es zweitrangig, ob und wann der Pakt verbindlich wird. Wir halten die Inhalte und Ziele des Migrationspaktes überwiegend für schädlich.

Deshalb stellte die AfD-Fraktion in der letzten Plenarwoche im Sächsischen Landtag einen Antrag (6/15210), um den UN-Migrationspakt zu stoppen.

Die CDU wollte eine Diskussion um den Globalen Migrationspakt bis zum Schluss vermeiden, obwohl sie an seiner Vorbereitung maßgeblich beteiligt war.

Die AfD hat nun auch in Deutschland die öffentliche Debatte erzwungen! Viele unserer europäischen Nachbarn und auch die USA oder Australien machen uns vor, wie eine Politik für das eigene Land aussieht. Ungarn, Österreich, wahrscheinlich auch Tschechien, Kroatien, Polen, Dänemark, Italien und viele weitere werden diesen Pakt nicht unterzeichnen.

Im Sächsischen Landtag haben 17 Abgeordnete an der namentlichen Abstimmung nicht teilgenommen. Davon auffällig viele CDU-Abgeordnete. Wahrscheinlich wollten sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen.

Sollte die Bundesregierung den Migrationspakt zum Schaden Deutschlands unterzeichnen, dann ist es unser erklärtes politisches Ziel, ihn sobald wie möglich wieder aufzukündigen.



von
Jörg Urban
MdB

Demokratische Errungenschaften verteidigen!

Vor 100 Jahren, am 11. November, endete der Erste Weltkrieg. Der sächsische König musste abdanken, und in Dresden wurde die Republik Sachsen ausgerufen.

Der Monat November ist für die Deutschen, insbesondere für die Sachsen, ein bedeutender Monat. Wir sind ein freiheitsliebendes Volk, welches für Meinungsfreiheit und demokratische Werte gekämpft hat. Das war 1989 so und ist heute nicht anders. Heute ist die parlamentarische Demokratie in Gefahr, weil sie sich immer mehr zur Parteienaristokratie entwickelt.

Auch in Sachsen will die CDU scheinbar einen großen Teil der Bürger aus dem politischen Diskurs heraus drängen, indem sie diese als Rechtsextreme und Nazis diffamiert.

In den Schulen und in den Medien wird nicht immer politisch neutral unterrichtet, bestimmte Meinungen werden in der Gesellschaft nicht mehr zugelassen. Dabei ist die Meinungsfreiheit zur demokratisch-politischen Willensbildung unerlässlich.

Gerade wir als AfD stehen für den freien Bürgerwillen, indem wir Volksbefragungen und Volksentscheide fordern. Wir wollen, dass Demokratie vom Volke ausgeht und nicht nur eine kleine Elite Entscheidungen fällt, die am Ende zum Schaden für uns alle sind.

Demokratie und Meinungsfreiheit wurden unter großen Opfern erkämpft, sind keine Selbstverständlichkeiten. Wir müssen auch heute weiter um sie kämpfen, wenn wir sie nicht verlieren wollen.

Jörg Urban, MdL



Sächsische AfD-Abgeordnete auf dem Balkan

André Barth und Mario Beger



Vom 17. bis 26. August 2018 reisten die sächsischen Landtagsabgeordneten André Barth und Mario Beger mit einer 9-köpfigen AfD-Delegation durch den Balkan. Stationen waren dabei u. a. die ungarische Stadt Szeged, die bulgarische Hauptstadt Sofia sowie die europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2007, das siebenbürgische Hermannstadt.



Die erste Station unserer Reise stand dann auch im Fokus der Reisesicherheit, wes-

halb wir den ungarischen Grenzübergang zur Republik Serbien in Röszke besuchten. Dort konnten wir sehr interessante Einblicke gewinnen. Vor allem die von unserer Regierung negierte Möglichkeit, Freiheit und Grenzschutz in Einklang zu bringen. Illegale Migration wird durch Grenzkontrollen kanalisiert, ohne dass der Tourismus darunter leiden muss.



Eine weitere Station zum Thema Sicherheit und Reiseverkehr war dabei der Grenzübergang der Republik Bulgarien zur Türkei. Die Station Kapitan Andreewo gilt dabei nach Tijuana/Mexico als größte der Welt. Hier machten wir die gleichen Erfahrungen wie in Ungarn. Schutz und Freiheit sind im Einklang möglich, wenn dies gewollt wird. Versagt die Europäische Union hier wie bisher, so sind die Nationalstaaten gezwungen zum Schutz ihrer Bürger eigene Wege zu gehen.



Der Höhepunkt unserer Reise war der Besuch der bulgarischen Metropole Sofia. Bei einem sehr interessanten Gespräch mit dem bulgarischen Innenminister sowie seinem Stellvertreter standen unter anderem die Rolle und die Möglichkeiten der Europäischen Union auf der Tagesordnung. Betont wurden von bulgarischer Seite dabei immer wieder die Notwendigkeit von Vertrauen und guten Beziehungen untereinander. Der zweite Termin führte uns in das neu errichtete Tourismusministerium. Dort wurden wir vom stellvertretenden Minister empfangen, welcher uns in einem umfangreichen und informativen Vortrag den Auftrag und die Gliederung seines Ministeriums vorstellte.

Dies wurde vor drei Jahren etabliert und erstellt Vorgaben und Konzepte zur Entwicklung des bulgarischen Tourismus, welcher annähernd 13 Prozent des BSP des Landes ausmacht. Die Frage, ob wir in Deutschland mit einem eigenen Ministerium erfolgreichere Politik betreiben können, blieb unbeantwortet.



Als krönenden Abschluss unserer Reise besuchten wir die europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2007, das wunderschöne siebenbürgische Zentrum Hermannstadt. Hier erwartete uns ein sehr angenehmer Empfang bei der Bürgermeisterin Frau Astrid Fodor mit anschließender Gesprächsrunde. Tourismusentwicklung und Förderung auf kommunaler Ebene kamen dabei zur Sprache. Den Teilnehmern wurde dabei bewusst, was eine energische Kommunalvertretung bewirken kann.

Die erfolgreiche Reise, welche uns vielfältige Einblicke gewährte, zeigte auf, dass Tourismus zu Wohlstand und Verständigung führen kann. Sicherheit ist dabei immer ein wesentlicher Faktor und ein Merkmal unserer AfD!

Da Touristen sich (was nicht überall bekannt zu sein scheint) nur zeitlich begrenzt in fremden Ländern aufhalten, fuhren wir natürlich - reich an Eindrücken - in unsere sächsische Heimat zurück, um darüber zu berichten.



Karte des des Reiseverlaufs



von
Mario **Beger**
MdL



von
André **Barth**
MdL

LEHRER.SOS.de
MEINE MEINUNG BILD' ICH MIR SELBST

LICHT INS DUNKEL BRINGEN
LEHRERPORTAL
ANONYM
OPTIMIERT FÜR'S HANDY
FORMULAR MIT BILDER-UPLOAD
TIPPS FÜR BETROFFENE
WISSENSWERTES

Willkommenskultur für Kinder

Aktuelle Debatte und neuer AfD-Flyer

In der aktuellen Landtagsdebatte „Willkommenskultur für Kinder – unsoziale Regierungspolitik beenden“ des 82. Plenums habe ich ein Thema unserer Fraktion zur Diskussion gebracht, welches mir gerade als Vater von mittlerweile 3 Kindern sehr am Herzen liegt.

Seit 1991 wurden in Sachsen knapp 192.000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, was ungefähr der Einwohnerzahl von Nord-sachsen entspricht und mit einer besseren Familienpolitik in den allermeisten Fällen vermeidbar gewesen wäre! Während die CDU den Freistaat Sachsen zum Rentnerparadies entwickelt hat, wollen wir endlich eine Politik für Kinder und deren Familien! Dazu fordern wir unter anderem eine ‚Kinder – Mutmach – Prämie‘ in Höhe von 5000 Euro, ein Förderprogramm für werdende Mütter in Not und den Ausbau des Landeserziehungsgeldes auf 2 Jahre und 700 Euro monatlich – und damit eine echte

Wahlfreiheit für Eltern, ob sie ihre Kinder zu Hause oder in der Kita betreuen wollen. Die führt automatisch zur Entlastung der Kitas, ohne zusätzliches Personal finden zu müssen.

Die AfD-Fraktion fordert weiterhin, dass es eine kostenlose und gesunde Schulspeisung zunächst für Grundschüler, kostenfreie Schülerbeförderung und einen unbürokratischen Familienpass für alle sächsischen Familien gibt. Entsprechende Forderungen werden wir für die Haushaltsverhandlung im Dezember einbringen – denn Kinder sollen eben kein Armutsrisiko in Sachsen sein!.



von
Dr. Rolf **Weigand**
MdB



AfD- Antrag: Landespflegefördergeld einführen

Knapp 167.000 Pflegebedürftige in Sachsen werden zu 41% ausschließlich durch Angehörige versorgt, weitere 16% nehmen hierfür die Unterstützung von ambulanten Pflegediensten in Anspruch, 14% lassen sich allein durch ambulante Pflegedienste pflegen.

Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Pflegebedürftigen um 27% auf 212.500 Personen ansteigen. Dies hat zur Folge, dass weitere 16.000 Pflegekräfte benötigt werden, ein Mehrbedarf von 35%.

Durch eine jahrelange verfehlte CDU-Politik sind wir nun gezwungen, in kürzester Zeit neue Pflegekräfte aus dem Boden zu stampfen. Niemand weiß aktuell, wo dieses Personal herkommen soll, die schlechte Bezahlung in Sachsen verschärft die prekäre Situation. Wir brauchen also neben Verbesserungen bei der professionellen Pflege auch die Stärkung der Angehörigenpflege.

Dabei sind die Belastungen für die Angehörigen, die die Pflege ihrer Angehörigen natürlich zuvorderst aus dem Herzen heraus übernehmen, enorm. Ihr Einsatz ist unbezahlbar, die Anerkennung jedoch immer noch gering. Behördengänge, das Waschen des Pflegebedürftigen sowie die Pflege von Haaren, Nägeln und Zähnen, das Säubern der Wohnung, das Ein- und Auskleiden, das Zubereiten von Speisen sowie menschliche Zuwendung usw. gehören zum Tagesgeschäft eines pflegenden Angehörigen.

Dies kann dazu führen, dass immer weniger Zeit für die eigenen und familiären Bedürfnisse zur Verfügung steht, dass man Hobbys und soziale Kontakte zurückfahren oder aufgeben muss sowie Beruf und Pflege immer schlechter zu vereinbaren sind. Aber auch gesundheitliche Beeinträchtigungen können die Folge sein. Das Pflegegeld, welches an die Pflegebedürftigen gezahlt und eigentlich den pflegenden Angehörigen

zugutekommen soll, ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein und kommt in Gänze oft überhaupt nicht bei den Angehörigen an, da davon in vielen Fällen weitere Pflegehilfsmittel, andere pflegerische Aufwendungen, Dienstleistungen und Güter des täglichen Bedarfs gekauft werden müssen.

Ohne unsere pflegenden Angehörigen hätten wir ein massives Betreuungsdefizit, auch deshalb ist es Zeit, nicht nur Danke zu sagen, sondern dies auch mit einer finanziellen Leistung in Form eines Landespflegegeldes zu honorieren, solange es auf Bundesebene keine adäquate Lösung gibt. Ziel muss mittelfristig eine Lohnersatzleistung sein. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.



von
André **Wendt**
MdB

Wie wir die Lausitz voranbringen

Die Lausitz braucht einen Imagewandel

Die Kohlekommission der Bundesregierung wünscht sich noch mehr Windparks für die Lausitz. Die Verspargelung unserer schönen Landschaft soll damit weitergehen. Man erhofft sich davon, die Braunkohle ersetzen zu können. Als ob das nicht schon weltfremd genug wäre, hält die Kommission auch noch weitere negative Überraschungen für Ostsachsen bereit. So will man einen Glascampus in Torgau und ein Zentrum für Energieforschung in Cottbus auf den Weg bringen.

Und was wird dann aus Görlitz und Zittau? Für unsere Städte ist nur die bescheidene Idee dabei, sich Elektro-Fahrräder am Bahnhof ausleihen zu dürfen, um so die letzten Meter zum eigenen Ziel selbst zurücklegen zu können. In der Praxis dürfte dies dazu führen, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) weiter ausgedünnt wird.

Gegen diesen Unsinn werden wir uns wehren. Für die AfD ist der Ausbau des ÖPNV zum einen eine Pflicht der Politik, damit jeder zur nächsten Behörde, zum Arzt, in die nächste Stadt oder zur Erholung in die Natur kommt. Zum anderen hängen viele Arbeitsplätze vom Nahverkehr ab. Fast 20.000 Menschen verlassen den Landkreis Görlitz täglich, um zu ihrer Arbeit zu pendeln. Sie müssen wir für unsere Region gewinnen. Die Voraussetzung dafür sind gut bezahlte Arbeitsplätze und eine Infrastruktur, die es erlaubt, das Auto auch einmal stehen zu lassen.

Aus unserer Sicht ist eine Verdichtung des ÖPNV-Taktes in den Morgen- und Nachmittagsstunden deshalb wünschenswert. Mit der Einführung eines Spätbusses („Nachteule“), der das Umland an die Mittelzentren anbindet, wäre auch gewährleistet, dass man am Abend einmal ein Kulturangebot wahrnehmen und sich dabei ein Gläschen Wein gönnen kann.

Im Gegensatz zur Kohlekommission räumen wir zudem einer Ost-West-Strecke in ICE-Qualität höchste Priorität ein. Eine

Verbindung von Berlin über Görlitz nach Polen erachten wir als zweitrangig. Denn: Während nördlich von Görlitz kaum größere Städte liegen, an die sich eine Anbindung lohnt, sieht dies im Westen ganz anders aus. Nach Dresden kommen Leipzig, Frankfurt/Main bzw. Köln. Diese Strecke bietet daher größere Chancen für unsere Wirtschaft.

Die Schiene bietet sich auch an, um den belastenden Lkw-Verkehr auf der Autobahn 4 zu reduzieren. Über das Huckepackverfahren, das in anderen Regionen schon lange erfolgreich im Einsatz ist, könnten z.B. Lastwagen direkt von Zügen mitgenommen werden, während die Fahrer zugleich eine Ruhepause erhalten.

Neben dem Zugverkehr wurden von der Regierung Investitionen in das Straßennetz jahrelang verschleppt. Dies betrifft nicht nur die kollabierende A4. Würden wir die B 115 über das 2+1 Spurensystem ausbauen, wäre dies eine spürbare Entlastung. Ebenso setzen wir uns für eine Südwestumfahrung von Görlitz ein.

Die primäre Aufgabe des Staates in der Wirtschaftspolitik ist es, eine gute Infrastruktur zu bieten. Dies haben die Altparteien versäumt. Als Infrastruktur im weiteren Sinne sind dabei auch ein schneller Internetzugang, eine effektive Verwaltung und gut aufgestellte Bildungseinrichtungen zu begreifen.

Bei all diesen Themen hat Ostsachsen enormen Nachholbedarf: Die AfD will deshalb neben einer Stärkung der dualen Ausbildung aus der Hochschule Zittau-Görlitz eine Technische Europa-Universität machen. Naturwissenschaften und Technik gepaart mit kultureller und ökonomischer Kompetenz werden unsere Region deutlich voranbringen. Die Studenten und das benötigte Lehrpersonal sollten wir mit günstigen Mieten sowie der Möglichkeit der europäischen Vernetzung mit Tschechien und Polen anlocken.

Darüber hinaus würde uns die Einrichtung

einer Sonderwirtschaftszone weiterhelfen, da dies mit Steuervorteilen und Planungsbeschleunigungen verbunden wäre. Anstatt lediglich Geschenke an die Unternehmen zu verteilen, sollten wir allerdings darauf pochen, dass die Arbeitgeber im Gegenzug gut bezahlte Stellen schaffen.

Unterstützung erhalten wir bei diesem Vorschlag von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Sie stellt sich im Interesse ihrer Mitglieder ebenfalls gegen die von Grünen ausgeheckten Deindustrialisierungspläne, die der Lausitz das Genick brechen würden.

Um den Strukturwandel zu meistern, kann der Staat aber auch direkt etwas tun, indem er in schwachen Regionen ganz bewusst Behörden ansiedelt und seine bereits vorhandenen Standorte besser nutzt. Wir denken dabei unter anderem an den Truppenübungsplatz Oberlausitz. Die marode Bundeswehr hat diesen Standort in den letzten Jahren bei weitem unter seinen Möglichkeiten genutzt. Hier braucht es eine Kehrtwende.

Die Lausitz und ihre großen Städte Bautzen, Görlitz, Zittau, Weißwasser und Hoyerswerda brauchen über diese Einzelforderungen hinaus einen Imagewandel. Wir müssen weg davon, unsere Heimat schlecht zu reden.

Sowohl für unsere eigenen Bürger, für Rückkehrwillige als auch Zuzügler aus den Großstädten müssen wir unsere Stärken herausstellen. Gerade für Familien sind günstige Mieten, Kinderfreundlichkeit und Naturnähe verlockende Argumente. Sie müssen daher zu Grundpfeilern unserer Regionalpolitik werden.



von
Sebastian Wippel
MdB

Die erzwungene Verhinderung AfD-Trauermarsch blockiert



Impressionen aus Chemnitz

Mit dem Fall Chemnitz sollte ein Exempel statuiert werden. Die Medienberichterstattung rund um die Geschehnisse nach dem brutalen Mord an einem Chemnitzer Familienvater durch einen Asylbewerber Ende August war an Einseitigkeit kaum zu über treffen. Chemnitz hätte zum „Epizentrum“ eines sich in ganz Deutschland ausweitenden Protestes gegen Ausländergewalt werden können. Damit es dazu nicht kommt, wurden alle Register gezogen. Jeder, der nicht in den Chor der „Jetzt-nur-nichts-instrumentalisieren-“ und „Die-größte-Bedrohung-geht-natürlich-von-rechts-aus-“ Gesänge einstimmen wollte, wurde gnadenlos mundtot gemacht.

Der Verfassungsschutzpräsident musste abtreten, weil er es wagte, kritische Fragen zu stellen. Der Bundespräsident hingegen wurde gelobt, obwohl er Werbung für das eilig organisierte Konzert „Wir-sind-mehr“ machte, auf dem auch die linksradikale Band „Feine Sahne Fischfilet“ auftrat. Es ist schon erstaunlich, zu welchen Leistungen

linksgrüne Traumtänzer fähig sind, wenn es darum geht, Zeichen gegen „rechts“ zu setzen. Wenn aber knapp 10.000 Bürger ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit mit einer Deutschlandfahne in der Hand wahrnehmen wollen, geht oft gar nichts – im wahrsten Sinne des Wortes. So waren ca. 2000 Polizisten nicht in der Lage, die Durchführung des AfD-Trauermarsches am 1. September in Chemnitz zu gewährleisten. Die friedliche Veranstaltung musste vorzeitig abgebrochen werden, weil eine Blockade durch Linksradikale nicht aufgelöst werden konnte.

Auf meine Kleine Anfrage (Drs. 6/14624), warum die Polizei hierzu nicht in der Lage war, antwortete die Staatsregierung nur mit Allgemeinplätzen. Ich habe daraufhin eine Nachfrage gestellt (Drs. 6/15182), mit der ich u. a. wissen möchte, wie viele Ermittlungsverfahren gegen wie viele Blockierer eingeleitet worden sind. Die AfD-Abgeordneten, die an dem Schweigemarsch teilnah-

men, haben jedenfalls direkt im Anschluss Strafanzeige erstattet. Wir werden es nicht mehr länger hinnehmen, dass das Demonstrationsrecht mit Füßen getreten wird.

Viel zu oft kapituliert die Staatsgewalt vor ein paar Chaoten, wenn es darum geht, rechtmäßige Versammlungen zu schützen. So oft, dass sich der Schluss geradezu aufdrängt, dass dieser Zustand nicht nur hingenommen wird, sondern sogar beabsichtigt ist. Jedenfalls immer dann, wenn es dem politischen Establishment dient. Viele werden diesen Gedanken als „Verschwörungstheorie“ abtun. Die Teilnehmer unseres Trauermarsches gehören nicht (mehr) dazu, denn diese mussten mit ansehen, wie die Polizei Wasserwerfer gezielt in deren Richtung, und nicht die der Blockierer, aufstellte.



von
Carsten **Hütter**
MdB

AfD wirkt! Jetzt auch beim Thema Wolf

Antrag der Regierungskoalition

Endlich wird die Regierungskoalition tätig zum Thema Wolf und bringt einen Antrag mit klaren Handlungsforderungen ein!

Wir als AfD Fraktion haben entsprechende Anträge immer wieder im Kreistag, im Sächsischen Landtag und natürlich auch schon im Bundestag eingebracht!

CDU und SPD Fraktion wollen nun bis Ende 2018 eine Sächsische Wolfsverordnung erarbeiten, die einige Änderungen festlegt, wie z.B. viele Aufgaben zentral beim LfULG zu bündeln.

Das war auch eine Kritik des Sächsischen Rechnungshofes. Wir als AfD im Sächsischen Landtag brachten zum Antrag der Regierungskoalition (Drs 6/15208) einen Änderungsantrag ein, der 3 Punkte konsequent ändern sollte.

1. Dass festgestellt wird, dass der Erhaltungszustand der Eurasisch-baltischen Metapopulation, wozu die Sächsischen Wölfe gehören, als „günstig“ eingestuft wird!
2. Dass eine unabhängige Rissbegutachtung erfolgen muss, da die Loyalität der derzeitigen Rissgutachten angezweifelt wird!
3. Dass zusätzliche Untersuchungen auf Hybridisierung der Wölfe durchzuführen sind, da die Untersuchungen vom Senkenberg-Institut nicht eindeutig nachweisen, ob es sich um echte Wölfe oder um Wolf – Haushund -Mischlinge handelt!

Natürlich wurde unser Änderungsantrag am 7.11.2018 im Plenum abgelehnt.

Deshalb brachten wir am 9.11.2018 einen eigenen Antrag zu dieser Thematik mit dem Titel „Schutz von Siedlungen und Weidegebieten vor dem Wolf“ ein. Diesen finden Sie im EDAS als Drs 6/15368. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, in der Sächsischen Wolfsverordnung aufzunehmen, dass Wölfe, die sich in Siedlungen (d.h. befriedete Gebiete und Weidegebiete) in Sachsen aufhalten, unbürokratisch und sofort entnommen werden dürfen.

Weitere Forderungen betreffen die Bundesebene, wo aktive sachliche Überzeugungsarbeit dafür zu leisten ist, dass der „günstige Erhaltungszustand“ des Wolfes in Deutschland als Teil der sog. „Eurasischen Metapopulation“ bereits erreicht ist.

Weiterhin soll sich die Staatsregierung dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung die Änderung des europarechtlichen Schutzstatus der Wölfe durch Aufnahme des „Canis lupus“ in den Anhang V bei gleichzeitiger Entfernung aus dem Anhang IV der FFH-Richtlinie vorantreibt. Diese und noch zwei weitere Forderungen stellen wir mit unserem Antrag als zusätzliche Aufgaben an die Staatsregierung.

Wir bleiben an dem Thema dran!



von
Silke **Grimm**
MdB



Symbolbild: Gerissenes Schaf

Impressum

Blau Post Nr. 21
November 2018

Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 - 493-4222
E-Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Auflage: 200.000
Erscheinungsweise: Monatlich

Fotonachweise

Fraktion: S. 1, S. 2 (links); S. 3, S. 4, Autorenfotos

Privat: S. 2, S. 3, S. 6, S. 7, S. 8

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blau Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9TbIf

Hinweis

Die Blau Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD Sachsen erhalten Sie unter blaue-landespost.de oder über afdsachsen.de. Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Kulturelle Bildung nach Plan?

Auch wenn es keiner so wirklich sagt, hat der Wahlkampf in Sachsen längst begonnen. Die Regierungsparteien suchen in ihrem Koalitionsvertrag noch nach Geschenken für das jeweilige Wahlvolk. Und was Minister Dulig mit seiner Landesverkehrsgesellschaft recht ist, kann Ministerin Stange mit ihrem Konzept zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung, das sie im Novemberplenar vorstellte, nur billig sein.

Worum geht es? Kindern und Jugendlichen, vor allem im ländlichen Raum, soll der Zugang zu kultureller Bildung erleichtert werden. Soweit, so löblich.

Lassen wir einmal außen vor, dass es in dem Konzept von Klingelworten wie Teilhabegerechtigkeit, Inklusion und Interkulturalität nur so wimmelt, sollten wir aber nicht vergessen, dass die Basis für alle Bildung von Kindern, neben dem Elternhaus, in der Schule liegt. Und hier hat die sächsische Staatsregierung auf ganzer Linie versagt. Lehrermangel und Unterrichtsausfall heißen die Stichworte, aber auch leichtgängiges Kürzen der so gern als verzichtbar angesehenen „weichen“ Fächer Kunst, Musik und Sport.

Unbestreitbar ist es für Kinder auf dem Land schwieriger, zur Bibliothek oder Musikschule, ins Theater oder Museum zu gelangen. Zumal wenn der ländliche Raum zu veröden droht, wenn die gemeindeeigene Schule schließt, die Fahrbibliothek

eingestellt wird, weil der alte Bus nicht mehr durch den TÜV kommt, und dem Ortsmuseum die vorletzte Personalstelle gestrichen wird.

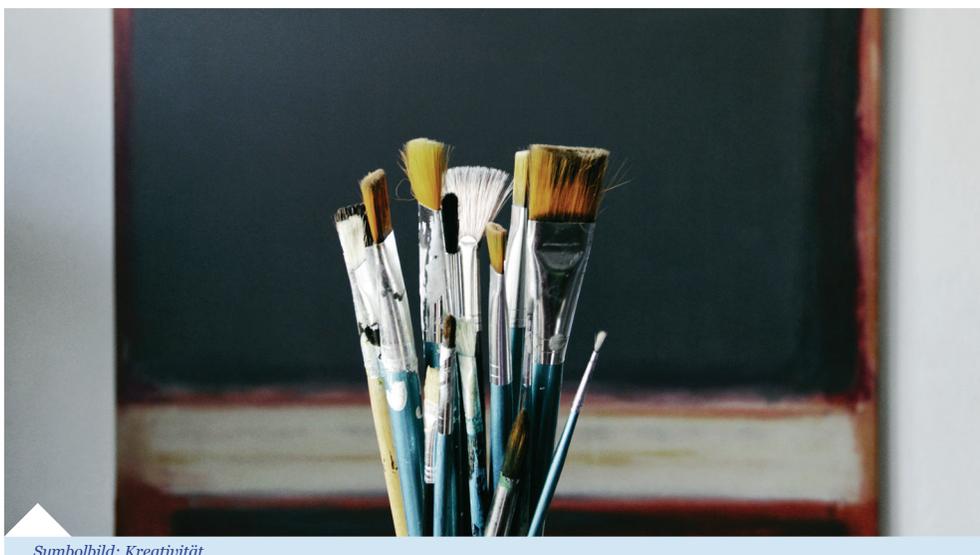
Ministerin Stange will dem nun abhelfen, mit vielerlei Netzwerkerei, soziokulturellen Akteuren und einer Bespielung nach Plan, erdacht von hochbezahlten ministeriellen Spezialisten. Und natürlich fehlt auch nicht der gesellschaftliche Zusammenhalt, das Konzept „W wie Werte“ für die politische Bildung unserer Kinder. Soviel Zeitgeist muss sein.

Der große Musikpädagoge Carl Orff hat einmal gesagt, dass in jedem Menschen ein Künstler stecke, man müsse ihn nur wecken. Ich denke, am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang die Freiheit zur Selbstbestimmung, das Vergewissern der eigenen Wurzeln und Traditionen. Nur gemeinsam entdeckte und gestaltete Kreativität erzeugt Solidarität und Zusammenhalt. Nach ministeriellem Plan geht das nicht.

Den Bus zum freien Besuch der Semperoper darf Frau Stange aber gerne vor jede Schultür schicken.



von
Karin **Wilke**
MdL



Symbolbild: Kreativität

Blauer Brief



von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher

Sprach-Diktatur am Beispiel einer Uni

Unter der Überschrift „Meinungsfreiheit: Darf man mit Sarrazin diskutieren?“ berichtete die renommierte „FAZ“ unlängst über eine geplantes Seminar zur Meinungsfreiheit.

Eingeladen waren Thilo Sarrazin und der AfD-Politiker Marc Jongen- ein Philosoph. Im Gastbeitrag formulierte der Professor der Uni Siegen, Zitat:

„Meine Universität hat mir dafür die Mittel gestrichen.“

Weiter schreibt er, dass er auch Zielscheibe von Dogmatismus und Denunziation wurde und wundert sich, dass es kein Konsens an der Uni ist, Redner einzuladen, ohne ihm inhaltlich zuzustimmen. Mit anderen Worten: Andere politische Meinung, kein Seminar. Dieses sich immer weiter ausbreitende Mehltauklima bei politischen Debatten mit Andersdenkenden macht Angst. Die Debattenkultur, also auch die Freiheit der Wissenschaft, sind lediglich noch rudimentär vorhanden.

Wenn es nicht einmal mehr an Universitäten möglich ist, den demokratischen Diskurs ohne Angriffe – egal ob verbal oder tötlich – durchzuführen, ist unser Land schnellen Schrittes auf dem Weg in die Meinungsdiktatur. Wer Toleranz wie viele Linksintellektuelle predigt, aber das Gegenteil davon praktiziert, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er ein Heuchler ist. Schon Voltaire sagte sinngemäß, dass man für das Aussprechen von Meinungen kämpfen muss, auch wenn sie einem selbst nicht gefallen.

Deutschland benötigt dringend eine neue, parteiübergreifende, öffentliche Debatte über Debattenkultur.

